

Demografischer Wandel

Klare Weichenstellung fehlt

Der DGB hat längst die Schwachstellen der Zukunft benannt. Die Probleme einer alternden Gesellschaft sind ohne ein stimmiges Gesamtkonzept kaum zu bewältigen. Die Bundesregierung wollte Mitte Mai auf ihrem zweiten Demografie-Gipfel Lösungen aufzeigen, doch die gab es nicht – trotz der neun Arbeitsgruppen, die sich nach dem ersten Gipfel intensiv mit dieser Thematik beschäftigen sollten.

DGB-Chef Michael Sommer mahnte konkrete Aussagen an: „Es reicht nicht aus, dass die Bundesregierung Handlungsfelder benennt – als Regierung ist man gewählt, zu handeln.“ Er vermisse die „notwendige Weichenstellung“. Gerade das Thema Rente werde in einer alternden Gesellschaft eines der drängendsten Probleme. Und, da ist sich Michael Sommer sicher, auch eine Rente mit 65 „lässt sich finanzieren“. Der demografische Wandel kann gestaltet werden, und der DGB hat bereits für viele Handlungsfelder entsprechende Konzepte vorgelegt, wie beispielsweise sein Rentenkonzept 2013 (www.dgb.de/-I/LB).

Am 7. Mai verabschiedete der DGB-Bundesvorstand „Anfor-

Unbeliebt: Rente mit 67

Umfrage zur Erhöhung des Rentenalters unter 1000 Deutschen ab 18 Jahre (in Prozent)

In Wahrheit ist die Rente mit 67 eine verdeckte Rentenkürzung

77

Es mag sein, dass bei der Rente gespart werden muss, aber so ist es ungerecht

74

Wenn schon Rente mit 67, dann muss der Staat auch dafür sorgen, dass es für die Älteren genügend Stellen gibt

88

Quelle: ARD-DeutschlandTrend/InfraTest dimap 2012

© DGB einblick 10/13

Die Rente mit 67 ist für die Deutschen alles andere als wünschenswert. Über die Hälfte von ihnen ist der Ansicht, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalter der falsche Weg ist. Selbst dann, wenn der Verzicht auf die Rente mit 67 zu einer Erhöhung der Rentenbeiträge führen würde. Außerdem glaubt die große Mehrheit nicht daran, dass es ausreichend Arbeitsplätze für Ältere geben wird.

rungen der Gewerkschaften an eine Demografie-Strategie“. Doch während die Gewerkschaften über Betriebs- und Dienstvereinbarungen oder auch Tarifverträge bereits aktiv an der Gestaltung des demografischen Wandels mitarbeiten, hat die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit immensen Nachholbedarf.

Auf den erwarteten künftigen Fachkräftebedarf hätte sie längst reagieren und entsprechende Schritte einleiten müssen. Dazu gehört nach Ansicht der Gewerkschaften unter anderem, die Beschäftigungschancen von Frauen zu verbessern, jungen Menschen eine zweite Chance für Bildung und Ausbildung zu bieten oder MigrantInnen besser in

den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem müssten das Potenzial und die Qualifikation älterer Beschäftigter besser genutzt werden.

Gute Arbeitskräfte brauchen aber andere Voraussetzungen. Das heißt, es wird eine neue Ordnung der Arbeit notwendig. Dafür ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro ebenso notwendig wie die Eindämmung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen. Der Sonderstatus für Minijobs muss entfallen, und sachgrundlose Befristungen darf es nicht mehr geben.

Für die Gewerkschaften ist die demografische Entwicklung eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die auch eine Modernisierung der Infrastrukturen erfordert. Sei es im Hinblick auf öffentliche Dienstleistungen, altersgerechtes Wohnen oder einen angepassten öffentlichen Nahverkehr. Dabei warnt der DGB vor Sparkonzepten: „Die Kosten des demografischen Wandels lassen sich nicht wegformieren.“ ●

www.dgb.de/-I/3xg

inhalt

Seite 3

Spaltung verhindern

Die soziale Dimension der EU muss gestärkt werden. Dafür machen sich die Gewerkschaften stark

Seite 5

Nicht genug

Nach dem Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch ist nun ein Gebäude- und Brandschutzabkommen vereinbart worden. Doch das reicht nicht aus

Seite 7

Brücken bauen

Die Wertschätzung der Gewerkschaften ist in den letzten Jahren gewachsen. Ingrid Sehrbrock, scheidende stellvertretende DGB-Vorsitzende, zieht im Interview Bilanz



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/btw2013
DGB-Portal mit Forderungen und Hintergründen zur Bundestagswahl 2013

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Newsletter Arbeitsmarkt aktuell zum Thema „Verfestigte Armut – Langzeitbeziehende im Hartz IV-System“

plusminusBERLIN



Nach der Zustimmung des Bundestages zur ILO-Konvention über menschenwürdige Arbeit von Hausangestellten, erwartet die SPD-MdB Karin Roth, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass noch weitere Länder das Abkommen ratifizieren.



Der FDP-Spitzenkandidat und Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle hält die Pläne seiner Partei für „ein erfolgreiches Gegenmodell“ zu Rot-Grün. Statt Steuererhöhungen würden die Liberalen nach der Wahl Spielräume für Steuersenkungen suchen.

150 Jahre SPD

Der DGB gratuliert

Den 150. Geburtstag der SPD hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in einem Schreiben an den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel gewürdigt und die „herzlichsten Glückwünsche des DGB“ übermittelt. „Damals, zu Beginn der Arbeiterbewegung stand die

„soziale Frage“ im Mittelpunkt: Die katastrophalen Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter waren der Anstoß für die Gründung von Parteien und Gewerkschaften“, schreibt Michael Sommer. Aber auch vor 150 Jahren sei es schon „um mehr gegangen“, nämlich „um Gleichberechtigung und Mitbestimmung“. Der 150. Geburtstag sei Anlass, „inne zu halten und auf all das zurückzuschauen, was in so einer langen Zeit passiert ist“. Es sei

aber auch „Ansporn, weiter zu machen, sich weiter einzusetzen für die nie alt werdenden Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“.

SPD

Mehr Rechte für Betriebsräte

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Mitbestimmung stärken und hat einen Antrag zur Modernisierung der Betriebsverfassung vorgelegt. Betriebsräte sollen künftig „ein echtes Mitbestimmungsrecht haben hinsichtlich der Umgestaltung

von Arbeitsplätzen, die nicht ausreichend physischem und psychischem Verschleiß vorbeugen und nicht ausreichend auf spezifisches Leistungsvermögen von Älteren Rücksicht nehmen“, so Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion. Auch bei der Weiterbildung oder dem Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen will die SPD die Mitbestimmung der Betriebsräte ausweiten. So soll zum Beispiel die Unterrichts- und Informationspflicht des Arbeitgebers über die Personalplanung (§ 92 BetrVG) künftig auch für Fremdpersonal gelten.

? ... nachgefragt



Foto: IG BAU

Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiese ist ins Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück berufen worden und dort für Arbeit und Soziales zuständig. Im Falle eines Wahlsiegs der SPD soll er neuer Arbeitsminister werden. einblick fragte ihn nach seinen wichtigsten Zielen und nach den Reaktionen aus der Gewerkschaft auf seine Ankündigung, beim IG-BAU-Kongress im September nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden zu kandidieren.

Die Entscheidung, nach 18 Jahren als IG BAU-Vorsitzender nicht mehr anzutreten, ist mir nicht leicht gefallen. Die Politik, insbesondere die Auswirkungen der Agenda 2010, habe ich immer kritisch begleitet. Wenn ich dann gefragt werde, ob ich es besser machen will, kann und darf ich mich nicht wegducken. Deshalb strebe ich mit aller Kraft das Amt des Arbeitsministers an. Die Chancen für einen Politikwechsel in Deutschland stehen gut.

Erste Maßnahme eines neuen Arbeitsministers sollte sein, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, wie ihn die Gewerkschaften seit langem fordern und wie ihn die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung will. Außerdem will ich den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen eindämmen. Mit der SPD bin ich mir zudem einig, dass die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre auf den Prüfstand gehören. Was die Rente betrifft, brauchen wir schnell passgenaue Übergangslösungen für alle, die mit 58, 59 Jahren ihren Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben können. Es kann nicht sein, dass sie nach einem langen Arbeitsleben von Hartz IV leben müssen. Dafür bietet die SPD gute Lösungen an, beispielsweise die abschlagsfreie Rente mit 63 für alle, die 45 Jahre gearbeitet haben. Zudem gibt es eine Überprüfungs Klausel, die im Jahr 2014 das nächste Mal Anwendung findet. Die SPD sagt, dass die Hälfte der Älteren einen Job haben muss, damit es zur Rente mit 67 kommt.

Meinen Gewerkschaftskollegen habe ich erklärt, dass ich Vieles, was wir gemeinsam verfolgen, mit meinem stärkeren Engagement in der Politik besser durchsetzen kann. Die Reaktionen auf meine Pläne in der IG BAU waren denn auch gemischt: Klar sagen viele, schade, dass Klaus geht. Andererseits sind meine Kollegen auch stolz, dass einer von ihnen neuer Arbeitsminister werden soll. Im Übrigen gilt: Jeder ist ersetzbar. Und wir haben viele gute Leute bei der IG BAU, die die Organisation vernünftig weiterführen werden.

Demo in Berlin

Krautfahrer gegen Sozialdumping

Deutschlands KrautfahrerInnen gehen auf die Barrikaden. Am 1. Juni wollen Tausende nach Berlin fahren, um gegen die massive Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen zu protestieren. Zunehmend sorgt die Liberalisierung im europäischen Transportsektor für Wettbewerbsverzerrung: Die Transportpreise sinken, denn westeuropäische Speditionen setzen Osteuropäer für ihre internationalen Transporte ein. In Nord- und Ostseehäfen warten die osteuropäischen Fahrer auf Ladung, um diese kreuz und quer durch Europa zu transportieren. Gleichzeitig haben sich die Arbeitsbedingungen westeuropäischer LKW-Fahrer massiv verschlechtert. Die Reallöhne sinken, es mangelt an Nachwuchs.

Die deutschen Trucker fordern die Umsetzung der „Kabotage-Anzeige

www.bit.ly/krautfahrer

Jugendarbeitslosigkeit

Weltweit auf Jobsuche

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) warnt vor weltweit wachsender Jugendarbeitslosigkeit. Bis zum Jahr 2018 wird sie trotz wirtschaftlicher Erholung auf 12,8 Prozent steigen, prognostiziert die UN-Sonderorganisation. Zudem sind in den Industriestaaten immer mehr Arbeitsverhältnisse nur befristet oder in Leiharbeit. In den Entwicklungsländern finden Jugendliche hingegen oft nur Arbeit im informellen Sektor.

Aus Prinzip gerecht und solidarisch.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Die Spaltung Europas verhindern

Ende Juni wollen die EU-Mitgliedsländer auf einem EU-Gipfel einen „Fahrplan für eine echte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)“ verabschieden. Ob das gelingt, ist fraglich. Die Gewerkschaften fürchten zudem, dass die soziale Dimension außen vor bleibt und die Spaltung Europas weiter vorangetrieben wird.

Wieder einmal haben sich am 22. Mai die Staats- und Regierungschefs zu einem EU-Gipfel getroffen, der wenig substanzvolle Ergebnisse gebracht hat. Ziel war unter anderem, die Verfolgung von Steuerbetrüglern europaweit zu koordinieren. Luxemburg und Österreich stellten sich gegen eine schnelle Lösung beim Bankdatenaustausch. Auch in anderen Punkten wurde erneut deutlich: Von einem gemeinsamen Vorgehen sind die EU-Staaten meilenweit entfernt.

Umso fraglicher ist deshalb, ob, wie Ende 2012 vereinbart, der EU-Gipfel Ende Juni entscheidende Schritte in Richtung einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) geht. Hintergrund: Mit Beginn der Eurokrise wurden gravierende Defizite in der Steuerung der Eurozone sichtbar, und die Debatte zur Vertiefung der WWU nahm an Fahrt auf. Zudem wurden die Forderungen nach einer stärkeren sozialen Dimension der EU immer lauter. Denn nach fünf Jahren Wirtschaftskrise erreicht die Arbeitslosigkeit in vielen Staaten



Foto: Sebastian Henneke

Mit einem symbolischen „Zombiewalk“ hat die IG BAU Mitte Mai in Berlin gegen die EU-Pläne für eine Reform der Entsenderichtlinie protestiert. Der Entwurf einer Durchsetzungsrichtlinie zur Entsendung sei ein Wiedergänger der Bolkestein-Richtlinie, erklärte der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers. „Die geplante Abschwächung der EU-Entsenderichtlinie bedeutet nichts anderes als eine neue Runde im Sozialdumping. Damit würde dem Entsendebetrug Tür und Tor geöffnet“, so Schäfers. Gemeinsam mit den Bau-Arbeitgeberverbänden machen IG BAU und DGB-Gewerkschaften gegen die neue Richtlinie mobil. Derzeit wird sie in den Ausschüssen des Europaparlamentes beraten.

kritische Werte, die Einkommen der Haushalte sind geschrumpft, Armut, Perspektivlosigkeit und Ausgrenzungsrisiko steigen, besonders in den Mitgliedstaaten im Süden und Osten Europas. Doch der Widerstand einzelner Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, eine soziale Dimension im Rahmen der vertieften WWU zu verankern, ist groß.

„Wenn die Vertiefung der WWU nichts anderes heißt als Struktur-reformen nach dem Muster der Agenda 2010, führt das nicht aus der Krise, sondern zur weiteren Spaltung Europas“, warnt Annelie Buntenbach, im DGB-Bundesvorstand für Europapolitik zuständig. Sie stellt klar: „Wir wollen mehr Europa, aber es muss demokratisch und sozial sein. Einer Politik des sozialen Kahlschlags und der Entmachtung der Parlamente werden sich die Gewerkschaften entgegenstellen.“ Jetzt komme es vor allem darauf an, den Worten Taten folgen zu lassen, insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. „Wer über Nacht Banken retten kann, aber der Jugend seit Monaten nur Versprechungen macht, der verschärft die soziale Krise“, so Buntenbach. Sie fordert: „Nehmt endlich Geld in die Hand, startet sinnvolle Projekte und Initiativen, löst das Versprechen der Jugendgarantie ein. Sofortiges Handeln ist gefragt, keine Symbolpolitik.“

Das wollen die europäischen Gewerkschaften

- eine Art Marshallplan für Europa, das heißt, eine Investitions- und Modernisierungsoffensive
- sicherstellen der Tarifautonomie, die wirksame Gewährleistung von sozialen Grundrechten wie Arbeitnehmerrechten (soziale Fortschrittsklausel) und soziale Mindestniveaus (soziales Mindesteinkommen, Mindestlöhne in Europa)
- Erhalt und Ausbau von betrieblicher Mitbestimmung und Unternehmensmitbestimmung
- eine demokratische und transparente Gestaltung und Kontrolle der Instrumente und Verfahren
- eine starke Beteiligung der Sozialpartner bei wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen
- die Einberufung eines Konvents, der die notwendigen Änderungen am EU-Vertrag erarbeitet, unter breiter Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft.

Neue Ordnung der Arbeit

DGB und Gewerkschaften wollen eine neue Ordnung der Arbeit. Mit Aktions-tagen vom 7. bis 9. Juni wollen sie bundesweit auf vielen Veranstaltungen für eine bessere und gerechtere Arbeitswelt werben. Für die Gewerkschaften steht fest: Spätestens nach der Bundestagswahl müssen ein gesetzlicher Mindestlohn, mehr Mitbestimmung, das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der Abbau von prekärer Beschäftigung realisiert werden. Die Gewerkschaften erwarten von den Parteien, dass sie eine neue Ordnung der Arbeit im Bundestagswahlkampf in den Mittelpunkt stellen.

Zudem setzen sich DGB und Gewerkschaften für ein soziales Europa ein. Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) mobilisiert der DGB für europaweite Aktionswochen vom 7. bis zum 22. Juni.

Der DGB-Aufruf im Wortlaut: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Lohnsteuerhilfe

Schnell informiert

Was gilt es bei der Steuererklärung 2013 zu beachten? Diese Frage stellen sich auch in diesem Jahr wieder Millionen Erwerbstätige. Hilfestellung bietet der DGB mit seiner aktualisierten Broschüre „Das ABC von 36 Lohnsteuergrundbegriffen 2013“. Von „A“ wie Altersentlastungsbetrag bis „Z“, wie Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit gibt es erklärende Hinweise.

In der Neuauflage wurden alle Gesetzesänderungen berücksichtigt, die für das Jahr 2013 relevant sind. Neben ausführlichen Erklärungen finden sich Rechenbeispiele und Tabellen, die übersichtlich über Steuerfreibeträge nach Lohnsteuerklassen oder Verpflegungskostenpauschalen bei Auslandsreisen informieren. Auch die Auswirkungen der Rente mit 67 auf die einzelnen

Geburtenjahrgänge werden ausführlich beschrieben. Die Broschüre kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden. •

www.dgb-bestellservice.de

DGB-Bildungswerk NRW

CSR gestalten

Corporate Social Responsibility (CSR), die soziale Verantwortung von Unternehmen, ist in aller Munde. Die Landesregierung NRW will Unternehmen unterstützen, nachhaltige, langfristige CSR-Konzepte zu entwickeln. Aus Sicht der Gewerkschaften sind CSR-Konzepte nur dann erfolgreich, wenn Beschäftigte und Betriebsräte beteiligt werden. Mit einem Seminar will das Mitbestimmungsprojekt „MITDrei“ des DGB-Bildungswerks NRW am 12. Juni in Castrop-Rauxel über das Vorhaben der Landesregierung und die Haltung der Gewerkschaften dazu informieren.

Unter dem Motto „Verantwortung unternehmen – CSR in NRW“ diskutieren ExpertInnen aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften, was sich in Unternehmen in Sachen CSR bewegt und welche Rolle Betriebsräte dabei spielen können. Das Projekt MITDrei wird von der EU und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstützt. •

www.dgb-bildungswerk-nrw.de



Hessen gehört zu den wirtschaftlich stärksten Bundesländern. **Doch wie gut ist die ökonomische und soziale Lage nach 14 Jahren CDU-Regierung wirklich?** Dieser Frage geht der Sammelband „Hessen vorne?“ anlässlich der Landtagswahl 2013 nach. In verschiedenen Beiträgen zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik analysieren die AutorInnen die aktuelle Situation in Hessen.

Kritisch prüfen sie die politischen Strategien der Landesregierung und benennen alternative Konzepte. So befassen sie sich unter anderem mit der mangelhaften Kleinkinderbetreuung, der klammen Finanzlage vieler Kommunen und der Entwicklung des Niedriglohnssektors in Hessen.

Kai Eicker-Wolff/ Stefan Körzell (Hg.): *Hessen vorne?*

Büchner-Verlag, Darmstadt 2013, 348 Seiten, 19,90 Euro



Otto-Brenner-Stiftung

Piratenpartei unter der Lupe

In den ersten zwölf Monaten ihrer Politkarriere eilte die Piratenpartei von Erfolg zu Erfolg. Die Partei enterte vier Landtage. Doch dann kam der Einbruch: interne Querelen, kaum inhaltliche Akzente und schlechte Presse. Nun nimmt die Studie „Die Piratenpartei – Havarie eines politischen Projekts?“ der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) die Freibeuter unter die Lupe. Die Autoren Alexander Hensel und Stephan Klecha haben die Piratenpartei ein Jahr lang beobachtet und begleitet. Sie interviewten zahlreiche Parteimitglieder, analysierten die

öffentliche Kommunikation und besuchten Parteitage. Herausgekommen ist eine Studie, die ein dichtes und kompaktes Bild des Politneulings liefert. Die Studie kann kostenfrei auf der OBS-Internetseite heruntergeladen werden. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Wohnungsmarkt

Aktiver Staat

In großen Städten ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Steigende Nachfrage, aber auch Spekulationen treiben die Preise nach oben. Die Politik steht in der Pflicht, gegenzusteuern. Auf der DGB-Konferenz „Umdenken – Gegenlenken. Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage“ debattieren am 11. Juni in Berlin VertreterInnen von Gewerkschaften und Mieterverbänden, aus Wissenschaft und Politik über aktuelle Probleme. Für DGB und Gewerkschaften steht fest: Wohnen ist ein elementares Grundrecht und muss für alle bezahlbar bleiben. Der politische Rückzug aus der sozialen Wohnungsbauförderung ist das falsche Zeichen. Unter anderem diskutieren der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel und DGB-Vorstandsmitglied Claus Mattecki mit PolitikerInnen über die Herausforderungen der Zukunft. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

interregio

••• Der **DGB Hessen-Thüringen** hat eine **Unterschriftenaktion für ein Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz** gestartet. Demnach sollen ArbeitnehmerInnen Anspruch auf fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr erhalten. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD von 2009 sieht ein solches Gesetz vor. Der DGB fordert die Abgeordneten der schwarz-roten Koalition nun auf, einem Gesetzentwurf des thüringischen Bil-

dungsministers Christoph Matschie (SPD) zuzustimmen. „Bildungsfreistellung ist ein Kernelement des lebenslangen Lernens“, so der DGB. In anderen Bundesländern sei dies schon lang geübte Praxis.

www.hessen-thueringen.dgb.de/13Cf

••• Der **DGB Baden-Württemberg** hat gemeinsam mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie (LVI) und dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (MFW) eine **Erklärung**

zum „Rohstoffdialog Baden-Württemberg“ unterzeichnet. „Eine sichere Rohstoffversorgung ist ein Bekenntnis zu Industrie, Innovation und guter Arbeit“, heißt es dort. Ziel der drei Parteien ist es, sich gemeinsam für mehr Transparenz und Fairness im Rohstoffhandel einzusetzen und die Rohstoffversorgung für den Industrie- und Innovationsstandort Baden-Württemberg zu gewährleisten.

www.bw.dgb.de/13xZ

GEWERKSCHAFTEN

Textilproduktion

Wenn billig Leben kostet

Einen ersten Erfolg können Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der asiatischen Textilproduktion verzeichnen: Große Modeketten beugen sich nach der jüngsten Katastrophe von Bangladesch dem öffentlichen Druck und unterzeichnen ein Gebäude- und Brandschutzabkommen. Doch das reicht nicht.

Mehr als 1100 Tote und rund 2500 Verletzte – das ist die Bilanz nach dem Fabrikesturz Ende April in Dhaka (Bangladesch). Nachdem Gewerkschaften und NRO jahrelang auf die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen in den oft maroden Textilfabriken Asiens hingewiesen haben, reagieren nun Modeketten wie H&M, C&A, Tchibo, Lidl, Zara und Esprit. Mitte Mai unterzeichneten sie ein Abkommen für besseren Brand- und Gebäudeschutz.

Ausgehandelt hatten dies die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die gewerkschaftlichen Dachverbände IndustriALL und UNI GlobalUnion sowie die Kampagne Saubere Kleidung. IndustriALL-Generalsekretär Jyrki Raina begrüßt die Entscheidung: „Es geht nun um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen, die mit einem Mindestlohn von rund 30 Euro im Monat ihr Leben riskieren, wenn sie zur Arbeit gehen.“

Das Abkommen sieht unabhängige Sicherheitsinspektionen durch geschultes Personal sowie verpflichtende Reparaturen und Renovierungen an den Fabrikgebäuden vor. Zudem erhalten auch die Gewerkschaften mehr Rechte. Insgesamt haben sich bereits über 30 Unternehmen angeschlossen. Doch weiterhin verweigern sich große Konzerne wie Walmart.

Der DGB-Vorsitzende und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer fordert diese Unternehmen auf, sich endlich anzuschließen. „Es ist ihre Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die vielen Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmer in der Produktionskette zu menschenwürdigen Bedingungen arbeiten und leben können.“

Studien belegen, wie katastrophal der Alltag in den Textilhallen aussieht. Zwischen 2006 und

Weniger geht nicht

Arbeitskosten pro Stunde in der Textilbranche in ausgewählten Ländern 2009 (in US-Dollar)



2009 sind allein in Bangladesch 414 TextilarbeiterInnen bei 213 gemeldeten Fabrikbränden ums Leben gekommen, wie eine Analyse der Kampagne Saubere Kleidung zeigt. Weitere 28 Brandfälle sind von November 2012 bis März 2013 gemeldet worden. Nimmt man Fabrikunglücke wie in Dhaka hinzu, kamen in den vergangenen zwölf Monaten mehr als 1800 TextilarbeiterInnen ums Leben.

Johann Rösch, ver.di-Experte für die Textilbranche und seit Jahren im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der Kleidungsbranche aktiv, kritisiert die Unternehmen für ihre „späte“ Entscheidung. Zu lange hätten sie mit Ausreden von den Problemen vor Ort abgelenkt. „Es ging mehr um geschönte Nachhaltigkeitsberichte für die Aktionäre als um wirkliche Veränderungen für die Beschäftigten.“

Rösch verweist auf das Engagement vieler Betriebsräte und MitarbeiterInnen in den Modeunternehmen. So seien die Manager

der Konzerne unter anderem auf Betriebsrätekonferenzen mit dem Thema konfrontiert worden. Die Gesamtbetriebsräte von H&M und Zara forderten in einem gemeinsamen Schreiben ihre Unternehmensleitungen auf, das Brandschutzabkommen zu unterzeichnen. KollegInnen sammelten Geld für Opfer und initiierten Unterschriftenaktionen. Rösch ist sich sicher: „Dieser Druck der Mitarbeiter von Zara, H&M und anderen Modehändlern hat maßgeblich da-

In Bangladesch liegen die Arbeitskosten pro Stunde noch weit unter denen in China oder Pakistan. Viele TextilarbeiterInnen müssen von rund 30 Euro im Monat leben.

zu beigetragen, die Unternehmen nun zur Unterschrift zu bewegen.“

„Es bleibt allerdings noch viel zu tun“, betont Rösch. Bangladesch sei das Land mit den niedrigsten Lohnkosten. Um die Ausbeutung zu stoppen, sollten die großen Textilketten faire Einkaufspreise bezahlen. So könnte jede Näherin 50 Euro mehr im Monat verdienen, wenn beispielsweise ein T-Shirt oder eine Bluse im Einkauf nur 12 Cent mehr kosten würde.

Neben den Modeunternehmen steht die Politik in der Pflicht. IGB-Präsident Michael Sommer sagt: „Auch Regierung und Parlament von Bangladesch sind gefordert, endlich dafür zu sorgen, dass Gewerkschaftsarbeit in allen Bereichen möglich ist, dass die Arbeitsgesetze den ILO-Normen entsprechen.“ Unter anderem hat die Regierung in Bangladesch angekündigt, den Mindestlohn von knapp 30 Euro pro Monat anzuheben. Eine neue Summe hat sie bisher nicht genannt. ●

Saubere Kleidung

Verschiedene Bündnisse kämpfen für faire und gesunde Arbeitsverhältnisse in der Textilbranche. Die Kampagne Saubere Kleidung (engl. Clean Clothes Campaign) setzt sich seit über 15 Jahren für bessere Bedingungen in der Textilbranche weltweit ein. Sie richtet sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Missbrauch von mehrheitlich weiblichen Beschäftigten, in der Textilindustrie. Zudem will die Kampagne VerbraucherInnen über die Arbeitsbedingungen informieren. Getragen wird die Kampagne von 20 Organisationen, unter anderem von der IG Metall, ver.di, der GEW, dem KAB und Terre des Femmes.

Auch das Projekt ExChains macht sich für die ArbeiterInnen in der Textilbranche stark. Seit 2002 vernetzt das Projekt Beschäftigte entlang der Produktionskette, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Beteiligt sind neben ver.di und dem Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks auch die Gewerkschaften der KleidungsindustriearbeiterInnen aus Bangladesch, Indien und Sri Lanka.

Mehr Infos:
www.sauberekleidung.de
www.exchains.org

kurz & bündig



Michaela Rosenberger, stellvertretende Vorsitzende der NGG, befürchtet, „der neue geschäftsführende Gesellschafter Ergün Yildiz“ will die Betriebsratsstrukturen bei Burger King zerschlagen und die Tarife angreifen. Seit dem Verkauf von 91 Restaurants an die Yi-Ko-Holding haben sich die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert.



Die GdP unterstützt die Absicht der Bundesregierung, die Promillegrenze bei Radfahrern zu senken. „Die bisherige Promillegrenze wird dem Anspruch auf eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr nicht mehr gerecht“, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Oliver Malchow.



ver.di und der Bundesverband der Film- und Fernsehchauspieler (BFFS) haben eine Produzentenallianz abgeschlossen. Danach sollen alle an der Herstellung eines Kinofilms Beteiligten eine Erlösbeteiligung erhalten. „Der Tarifvertrag schafft eine neuartige Erstrechtevergütung für Filmschaffende“, erklärte ver.di-Vize Frank Wernecke.

Verkehrspolitik I

Minister auf der Bremse

Um den Verfall von Straßen und Schienen zu stoppen, hat der DGB eine gemeinsame Investitionsoffensive von Bund, Ländern und Kommunen gefordert. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel kritisiert Verkehrsminister Peter Ramsauer

(CSU): „Die dauerhafte Vernachlässigung der Verkehrswege führt zu Standort- und Wettbewerbsnachteilen in Deutschland und gefährdet damit Arbeitsplätze. Die Erkenntnis ist alt. Der Verkehrsminister handelt aber nicht.“ Das gefährdet den Industriestandort, so Hexel. Die Mobilitätspolitik müsse „konsequent am Gemeinwohl ausgerichtet werden“ und sich an den Zielen Nachhaltigkeit, gute Arbeitsbedingungen und

Beschäftigungssicherung messen lassen. Der DGB plädiert deshalb für einen gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Verkehrsinfrastruktur. Das DGB-Diskurspapier „Moderne Verkehrswege – eine Grundlage für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Lebensqualität, adäquate Mobilität sowie Umwelt- und Klimaschutz“ kann im Internet heruntergeladen werden. •

www.dgb.de/I-307

Verkehrspolitik II

Massive Verschlechterungen befürchtet

Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), hat die Neuordnung des Eisenbahnregulierungsgesetzes kritisiert. Konkurrenten der Bahn können danach ihre Züge leichter auf die Schiene bringen. Gebühren, die die Deutsche Bahn als Netzbetreiber dafür erhebt, müssen dem Gesetz zufolge von der Bundesnetzagentur genehmigt werden. Die Betreiber von Bahnhöfen werden verpflichtet, Bahnkonkurrenten Flächen für den Fahrscheinverkauf zur Verfügung zu stellen. Bundesverkehrsminister

Ramsauer: „Im Bahnverkehr muss ein „Maximum an Wettbewerb“ sichergestellt werden.“

Alexander Kirchner kritisiert sowohl das Vorgehen der Regierungskoalition, die das Gesetz in einer Nacht- und Nebelaktion durch den Bundestag gepeitscht habe, als auch das Ziel des Gesetzes, die Nutzung der Infrastruktur Schiene immer billiger zu machen. „Dass CDU, CSU und FDP ein Gesetz, das weitreichende Folgen für den Eisenbahnverkehr in Deutschland haben kann, mit aller Gewalt durch den Bundestag gepeitscht

haben, erfüllt mich mit großer Sorge. Wir haben grundsätzlich nichts gegen regulierende Eingriffe, wenn sie Diskriminierung im Wettbewerb verhindern und dem System Schiene nutzen.“ Das Gesetz gehe darüber aber weit hinaus. Infrastruktur-Unternehmen werde langfristig die Möglichkeit genommen, Gewinne zu erwirtschaften, die in den Erhalt oder Ausbau der Infrastruktur investiert werden könnten. Kirchner appellierte deshalb an den Bundesrat, der dem Gesetz in seiner Juni-Sitzung zustimmen muss, es nicht passieren zu lassen. •

Tarifvertrag

Allgemein ist stark

Branchentarifverträge schützen immer weniger ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping. Das Tarifsystem wieder zu stabilisieren, ist Aufgabe der Gewerkschaften – aber auch der Politik. Dazu gehört auch, das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) zu stärken. Nur noch selten werden Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. Der Reformbedarf ist hoch. Vorschläge für eine Reform der AVE gibt es zahlreiche. Das WSI in der Hans-Böckler-Stiftung lädt zusammen mit dem DGB für den 25. Juni zu einem Workshop nach

Berlin ein, um die Reformdebatte fortzuführen. Unter dem Motto „Tarifvertrag – allgemein, verbindlich, stark“ soll die Bedeutung der AVE und die geltende Rechtslage gezeigt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Branchen des Baugewerbes und des Einzelhandels. •

www.dgb.de/I-3vB

DGB-Rechtsschutz:

5,15 Prozent mehr

Zwischen der DGB Rechtsschutz GmbH und ver.di wurde ein Tarifabschluss für die rund 750 Beschäftigten des DGB Rechtsschutzes erzielt. Zum 1. Mai 2013

wird das Gehalt um 2,1 Prozent erhöht, es folgen weitere Steigerungen um 2,4 Prozent zum 1. Januar 2014 und um 0,65 Prozent am 1. Juli 2014. Vereinbart wurde außerdem eine Einmalzahlung für Verwaltungsangestellte in Höhe von 260 Euro. RechtssekretärInnen bekommen einmalig 390 Euro. Neubeschäftigte, die bisher niedriger eingruppiert waren, erhalten zusätzlich Aufstockungsbeträge, sodass sie überdurchschnittlich an der Tarifierhöhung teilhaben. Die DGB Rechtsschutz GmbH unterhält bundesweit 111 Büros und 48 Service-Points. In den letzten beiden Jahren hat sie für Gewerkschaftsmitglieder über eine halbe Milliarde Euro vor den Arbeits- und Sozialgerichten erstritten. •

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Vereinsmitglied statt Shareholder.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock im Interview

Eine tragfähige Brücke

Seit über 13 Jahren gehört **Ingrid Sehrbrock**, Mitglied der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), dem Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand an. Ende Mai geht sie in Rente. Im einblick-Interview zieht sie Bilanz.

■ Welches Fazit ziehst du nach über 13 Jahren im DGB-Vorstand? Waren sie für dich erfolgreich, oder überwiegt die Frustration?

■ Was sagen die Engländer? Die sagen dann immer „Yes and No“. Es war eine super spannende Zeit. Ich habe sehr gern auf meinen Themenfeldern gearbeitet. Ich war im Vorstand zuständig für den gesamten Bereich Bildung, von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule, für den Öffentlichen Dienst, für Beamte und für Jugend. Ab 2006 habe ich auch die Frauen- und Gleichstellungspolitik übernommen und von 2006 bis 2010 das Arbeits- und Sozialrecht. Ich habe in allen Bereichen wahn-sinnig viel gelernt. Früher hat man so etwas abwertend als „Training on the Job“ bezeichnet. Ich sehe das positiver – ich hatte eine lern-förderliche Arbeitsumgebung.

■ Wunderbare Überschrift. DGB-Vorstand fördert lern-freundliche Umgebung.

■ Ja, der DGB fordert das nicht nur für die Beschäftigten, sondern setzt es auch selbst um. Es hat mir natürlich gefallen, in der Politik an dem einen oder anderen Rädchen zu drehen und etwas zu bewegen. Lange Zeit war das aber sehr schwierig. Die Reputation der Gewerkschaften war eine ganze Zeit extrem schlecht. Das gilt vor allem für die Zeit der rot-grünen Koalition. Damals wurde uns die Rolle der Blockierer und Ewiggestrigen zugeschrieben. Eine Zeitlang war es schwer, im Sinne der Gewerkschaften etwas zu verändern.

■ Wann hat sich das geändert?

■ Spätestens mit der Wirtschafts- und Finanzkrise: Deutschland hat gezeigt, dass unsere Praxis der Sozialpartnerschaft das Land viel besser durch die Krise gebracht hat, als es anderen Ländern gelungen ist. Aber auch die Große Koalition war eine Konstellation, in der mehr darauf geachtet wurde, was die Gewerkschaften sagen. Mein persönliches Interesse als Christdemokratin war aber auch, das Verhältnis von CDU und Gewerkschaften ein Stück weit zu normalisieren.

■ Ist das gelungen?

■ Ja. Zuvor hatte ich den Eindruck, dass sich Gewerkschaften und Christdemokraten kaum kennen und zu selten miteinander reden. Das ist heute anders. Das ist nicht mein Verdienst allein, Michael Sommer hat viel dazu beigetragen, dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft neues Leben einzuhauchen. Insgesamt ist heute in der Gesellschaft und auch in meinem parteipolitischen Umfeld die Wertschätzung der Gewerkschaften, der Sozialpartnerschaft, unserer Kompetenzen und Ideen enorm gewachsen. Was das betrifft, gehe ich mit einem guten Gefühl. Bei einigen Themen aus meinem Zuständigkeitsbereich sieht das allerdings anders aus. Mit der schwarz-gelben Regierung wurde es schwieriger, gewerkschaftliche Forderungen in die Politik einzu-bringen.

■ Wo zeigt sich das besonders?

■ Schwarz-gelbe Regierungskoalitionen waren immer schwierig für Arbeitnehmerpolitik. Aus meiner Sicht waren die letzten Jahre verlorene Zeit. Immerhin ist es

aber gelungen, Akzente zu setzen, beispielsweise das Nischenthema Bildung weit vorn auf die Tagesordnung zu bringen. Dazu haben wir auch mit eigenen Projekten beigetragen, etwa mit einem EU-geförderten Projekt zur betrieblichen Weiterbildung, in dem die Sozialpartner erfolgreich neue Strukturen für Weiterbildung in den Betrieben schaffen. Wichtige Schritte sind zudem gemacht worden bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse oder auch bei Nachqualifizierung von Menschen ohne Bildungsabschluss.

■ Was das Thema Chancengleichheit in der Bildung betrifft, steht Deutschland heute aber schlechter da als noch vor 20 Jahren.

■ Ja, und das bedauere ich – zumal ich selbst zu den Profiteuren der Bildungswerbung der 1960er-Jahre gehöre. Ich komme aus einer Familie, wo es außer der Cousine meiner Mutter niemanden gab, der einen akademischen Abschluss hatte, und habe mein Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg gemacht. Deshalb weiß ich: Das Geld ist nicht die einzige Barriere, die junge Menschen aus bildungsfernen Schichten davon abhält, Abitur zu machen oder ein Studium zu beginnen. Um diese Barrieren zu überwinden, braucht es mehr Beratung und Unterstützung. Die Hans-Böckler-Stiftung hat dazu ein gutes Projekt entwickelt. Was mich freut, ist, dass das Thema soziale Mobilität, die Durchlässigkeit nach oben, insgesamt wieder stärker beachtet wird.

■ Gibt es etwas, was du in deiner Amtszeit erreicht hast, auf das du richtig stolz bist?

■ Ja, dass es mir gelungen ist, eine tragfähige Brücke von den Gewerkschaften zu meiner eigenen Partei zu bauen. In der CDU gab



Foto: DGB/Steinle

Ingrid Sehrbrock, 64, gehört dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB seit Dezember 1999 an, seit Mai 2006 als stellvertretende Vorsitzende. Mitte der 1970er Jahre wurde sie Mitglied der Gewerkschaften und der CDA. Die gelernte Drogistin und Lehrerin für Englisch und Sozialkunde war u.a. Bundesgeschäftsführerin der Frauen-Union und Sozialreferentin an den deutschen Botschaften in Tschechien und in der Slowakei. Ende Mai scheidet sie aus dem DGB-Vorstand aus. Ihre Nachfolgerin ist Elke Hannack, bisher ver.di-Vorstandsmitglied.

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

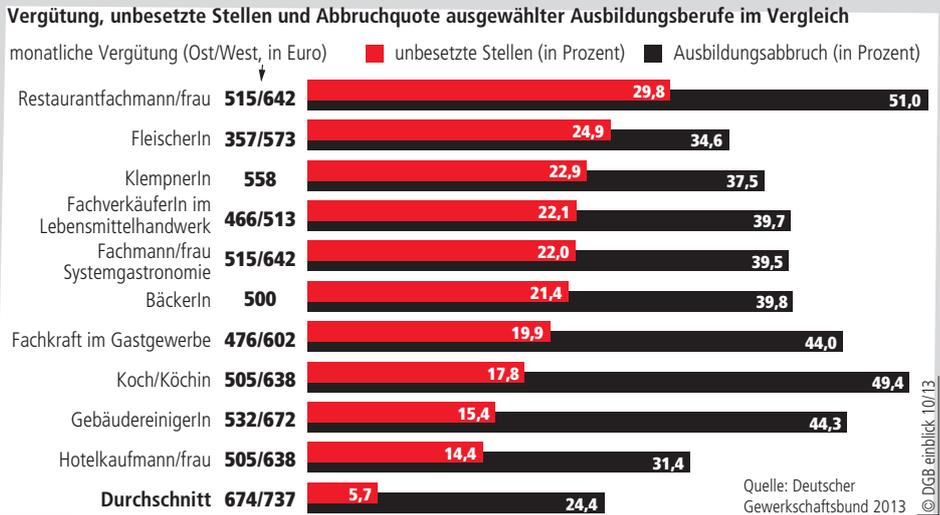
es große Vorbehalte. Mittlerweile ist die Wertschätzung gewachsen.

■ Mitglied in der CDA, der Arbeitnehmerorganisation der CDU zu sein, war ja schon immer etwas Besonderes. Wo ist es dir in den letzten 13 Jahren besonders schwer gefallen, mit den unterschiedlichen Positionen der Gewerkschaften und deiner Partei umzugehen?

■ Es sind zwei Welten. Christdemokraten nehmen das Individuum in die Pflicht und lassen ihm Freiraum. Sozialdemokratisch geprägte Kollegen sehen eher den Gesetzgeber in der Verantwortung. So kommt man zu unterschiedlichen Lösungswegen. Das Modell der Einheitsgewerkschaft, entstanden auch aus den Erfahrungen im Nationalsozialismus, ist richtig, denn es will starke Gewerkschaften. Es funktioniert aber nur, wenn die Strömungen sich auf Augenhöhe begegnen. Ich will es mal so sagen: Hier wie da war es kein Spaziergang, Positionen Gehör zu verschaffen und Themen durchzusetzen. Man rackert sich oft ab. Und die Wertschätzung ist gering. ●

AUSBILDUNG: Viele Betriebe nicht ausbildungsreif

„Gerade die Branchen, die lautstark über einen Bewerbermangel klagen, haben die schlechtesten Ausbildungsbedingungen“, kritisiert der DGB in einer Expertise. In einigen der untersuchten Branchen verdienen die Azubis bis zu 200 Euro weniger als der Durchschnitt. Eine Folge: Viele Stellen bleiben unbesetzt. Dies gilt vor allem für die Ausbildung zu Restaurantfachkräften, FleischerInnen und KlempnerInnen. Im Gastgewerbe und in der Gebäudereinigung brechen viele Azubis ihre Ausbildung ab.



personalien

••• **Oliver Malchow**, 49, ist neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Er folgt **Bernhard Witthaut**, 57, der zum Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Osnabrück berufen wurde. Seit 1997 ist Malchow Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein und seit November 2010 Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Im Januar 2013 wurde er zum stellvertretenden GdP-Vorsitzenden gewählt. Neuer stellvertretender GdP-Vorsitzender ist nun **Dietmar Schilff**, 51. Schilff ist zugleich Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Niedersachsen.

••• **Jasmin Romfeld**, 33, ist

neue Pressesprecherin des DGB-Bereichs Hessen-Thüringen. Sie folgt **Ute Fritzel**, 47, die nun Pressesprecherin des ver.di-Landesbezirks Hessen ist. Romfeld hat von 2008 bis 2013 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Fraktion der Linken im Hessischen Landtag gemacht.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 28.5. DGB-Bezirke West, Hessen-Thüringen, Baden-Württemberg; Podiumsdiskussion „Alterssicherung gestalten!“, Mannheim
- 29.5. DGB und WSI, Ta-

- gung „Konturen einer Neuen Ordnung der Arbeit“, Berlin
- 30.5. DGB Schleswig-Holstein Nordwest, Diskussion „Leiharbeit/Werkverträge – Recht so?“, Heide
- 31.5. Initiative 40 Jahre Berufsverbote in Niedersachsen, Diskussion „Der Verfassungsschutz – Gefahr für die Demokratie?“, Hannover
- 31.5.-1.6. DGB Niedersachsen, Bezirksjugendkonferenz, Magdeburg
- 31.5.-1.6. DGB Sachsen, Bezirksjugendkonferenz: „Jugend macht Ansagen – Zukunft gemeinsam gestalten“, Chemnitz
- 1.6. Bündnis „Keine Zukunft für Nazis“, Demo „Den Naziaufmarsch in Wolfsburg

- verhindern!“, Wolfsburg
- 4.-5.6. ver.di, 11. Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst, Potsdam
- 6.6. DGB Ostsachsen, Preisverleihung 4. Ost-sächsischer Mitbestimmungspreis 2013, Bautzen
- 7.-9.6. ver.di, 6. Bundeskonferenz für Vertrauensleute und Aktive in ver.di, Berlin
- 7.-9.6. DGB und Gewerkschaften, dezentrale Aktionstage zur Bundestagswahl 2013, bundesweit
- 11.6. DGB, Tagung „Kontrolle ist besser!“, Berlin
- 11.6. DGB, Konferenz „Umdenken Gegenlenken – Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage“, Berlin

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantwortl.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma, Meike Schwabe **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Wer einen neuen Hammer hat, für den sieht alles wie ein Nagel aus.“

Die TV-Journalistin Sonia Mikich kritisierte in der Talksendung „Günther Jauch“ vom 12. Mai die Bereitschaft von Ärzten, bei vielen Patienten schnell und oft unnötige Operationen anzusetzen. Die Fehlsteuerung liege dabei im System.

Berufsausbildungsbeihilfe**Nebenkosten sind zu berücksichtigen**

Die Agentur für Arbeit muss Nebenkosten auch bei Eigentumswohnungen berücksichtigen.

Der Fall: Die Auszubildende wohnt mit ihrem Lebensgefährten in einem beiden gehörenden Haus. Bei der Berechnung der Berufsausbildungsbeihilfe für eine Altenpflegerin hatte die Agentur für Arbeit über den gesetzlichen Pauschalbetrag von 149 Euro hinaus keine Aufwendungen der Frau berücksichtigt (Darlehensrate, Heiz- und Nebenkosten). Die Behörde verwies darauf, dass nur bei Mietwohnungen Aufwendungen bedarfserhöhend seien. Die Frau klagte erfolgreich.

Das Sozialgericht: Die Agentur für Arbeit hat nicht das Darlehen, wohl aber die Nebenkosten zu berücksichtigen. Das Gesetz spricht von „Mietkosten für Unterkunft und Nebenkosten“. Damit seien nicht nur die Nebenkosten einer Mietwohnung anzusetzen. Da Nebenkosten von jedem nicht mehr bei den Eltern Wohnenden zu tragen sind, unerheblich ob bei Miete oder Eigentum, lässt sich für eine Differenzierung kein nachvollziehbarer Grund erkennen.

*Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 9. April 2013 - S 4 AL 194/11*

Gesetzliche Krankenversicherung**Recht auf Leben überwiegt**

Können Ärzte chirurgisch, strahlen- und chemotherapeutisch ein Tumorwachstum nicht stoppen, kann die Kasse zur Kostenübernahme für nicht zugelassene Medikamente verpflichtet werden.

Der Fall: Der 46-jährige Patient war in einem lebensbedrohlichen Stadium der Krebserkrankung. Die behandelnden Ärzte einer angesehenen Universitätsklinik sahen nur noch die Chance, mittels des für diese Krebsbehandlung nicht zugelassenen Medikaments Avastin den tödlichen Verlauf zu stoppen oder zu verlangsamen. Die Kasse lehnte es ab, die Therapie zu übernehmen. Sie stützte sich dabei auf den Medizinischen Dienst. Der Patient beantragte im Eilverfahren, die Kasse zur Kostentragung zu verpflichten, und hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Gesetzliche Krankenversicherung darf nur solche Medikamente übernehmen, deren Nutzen und Freiheit von Nebenwirkungen völlig gesichert sind. Diese Grundentscheidung hat der Gesetzgeber vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Arzneimittel Contergan getroffen. Geht es aber um Leben oder Tod, gilt: Bieten die herkömmlichen Maßnahmen keine Aussicht auf Erfolg und ist nach ärztlicher, wissenschaftlich fundierter Kenntnis ein neues Verfahren aussichtsreich, dann müssen die Kassen diese Verfahren übernehmen. Das gebietet die grundgesetzliche Entscheidung für Leben und Gesundheit. Die besondere Dringlichkeit verbietet es darüber hinaus, den Patienten auf ein langwieriges Gerichtsverfahren mit Beweiserhebung und Sachverständigenutachten zu verweisen. Vielmehr sind die Rechtsgüter des Patienten und der Krankenkasse gegeneinander abzuwägen. Dabei ist der im Grundgesetz verankerte Schutz von Leben und Gesundheit mit dem Interesse aller Beitragszahler abzuwägen, keine Kosten aussichtsloser Behandlungen zu tragen. Das bedeutet im Falle des Patienten: Die zugelassenen Methoden der medizinischen Wissenschaft waren als erfolglos ausgeschöpft anzusehen, nach ärztlicher Meinung war die Avastintherapie als erfolgversprechend einzuschätzen. Unter diesen Voraussetzungen überwiegt das Rechtsgut auf Leben.

*Bayerisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 8. April 2013 - L 5 KR 102/13 B ER*

Hartz IV**Wer kein Deutsch kann, muss es lernen**

Erwerbsfähige EmpfängerInnen von Hartz-IV-Leistungen, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, müssen einen Integrations-sprachkurs besuchen. Wenn sie sich weigern, an diesen Sprachkursen teilzunehmen, kann das Jobcenter die Regelleistungen kürzen. Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift sei unabdingbare Voraussetzung für die dauerhafte Eingliederung in Arbeit.

*Sozialgericht Wiesbaden,
Urteil vom 13. Mai 2013 - S 12 AS 484/10*

Hartz IV**Elterngeld ist Einkommen**

Bei der Berechnung von Hartz-IV-Leistungen wird das Elterngeld – wie auch das Kindergeld – abzüglich einer Versicherungspauschale als Einkommen berücksichtigt. Dadurch wird die Leistung gemindert. Diese Regelung ist sachgerecht; denn mit dem Elterngeld hat der Gesetzgeber einen Anreiz schaffen wollen, eine Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung eines Kindes zu unterbrechen. Dies ist Eltern, die Grundsicherungsleistungen beziehen, nicht möglich.

*Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 12. März 2013 - L 6 AS 623/11*

Gesetzliche Rentenversicherung**Ehrenamt bildet keine Anrechnungszeit**

Zeiten der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit sind in der Rentenversicherung nicht als Anrechnungszeiten anzuerkennen. Ein Entstehen der Solidargemeinschaft für aus ehrenamtlicher Tätigkeit erwachsende Renteneinbußen soll nicht stattfinden.

*Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 26. März 2013 - L 2 R 128/12*

Betriebsratsmitglied**Muss Sitzungsteilnahme abwägen**

Selbst wenn ein Betriebsratsmitglied zu einer Betriebsratssitzung geladen ist, entbindet die Einladung das Mitglied nicht davon, abzuwägen, ob seine Teilnahme an der Betriebsratssitzung wichtiger ist, als dringende berufliche Tätigkeiten. Der Entsendungsbeschluss bzw. die Ansetzung einer Betriebsratssitzung nach § 30 Satz 2 BetrVG bewirkt weder die Arbeitsbefreiung, noch kann er den Arbeitnehmer von einer selbstständigen Überprüfung der Rechtslage hinsichtlich des Bestehens einer Betriebsratsaufgabe entlasten.

*Hessisches Landesarbeitsgericht,
Beschluss vom 4. Februar 2013 - 16 TaBV 261/12*

Mobbing**Begründet Schmerzensgeldanspruch**

Unterbeschäftigung oder Zuweisung von minderwertigen Aufgaben kann Mobbing darstellen. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn ein Bereichsleiter im IT-Softwareservice angewiesen wird, tägliche Arbeitsberichte zu verfassen und EDV-Schrott zu sortieren. Wer vom Arbeitgeber gemobbt wird, kann sich mit einer Schmerzensgeldklage dagegen wehren.

*Arbeitsgericht Siegburg,
Urteil vom 11. Oktober 2012 - 1 Ca 1310/12*